

OA-Update / 13, 11.11.2021

# Südosteuropa



Mit dieser Ausgabe des Südosteuropa-Updates informieren wir Sie wieder aktuell über wichtige Entwicklungen in unserer Region Südosteuropa, die zehn Länder umfasst. Unter anderem haben wir für Sie einen genaueren Blick auf die Veröffentlichungen des Internationalen Netzwerk investigativer Journalisten (ICIJ) zu den sogenannten Pandora Papers

geworfen, beobachten die Entwicklung der Energiepreise in unserer Region und informieren über das Mitte Oktober vorgelegte Erweiterungspaket der EU-Kommission. Darüber hinaus analysieren wir die Kommunalwahlen in Nordmazedonien und blicken voraus auf die nunmehr bereits dritten Parlamentswahlen dieses Jahres in Bulgarien, die diesmal parallel zur Wahl des Staatspräsidenten stattfinden. In der Rubrik Konjunktur haben wir Ihnen die neuesten Wirtschaftsprognosen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) sowie die aktuellen Handelszahlen für die Monate Januar bis August zusammengestellt. Außerdem finden Sie eine Übersicht der aktuellen Aufbau- und Resilienzpläne der vier EU-Mitgliedsstaaten unserer Region. Die Rubrik Tipps & Links mit Hinweisen auf interessante Publikationen etwa der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der GTAI rundet das Update ab.

Hier die Übersicht über alle Rubriken:

- Corona-Lage
- Wirtschaftspolitik
- Konjunktur
- Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft
- Veranstaltungsnachlese
- Kommende Veranstaltungen
- Tipps & Links
- Kontakt

## Corona-Lage

---

Das **Robert Koch-Institut (RKI)** hat vor dem Hintergrund steigender Infektionszahlen für einige Länder Neubewertungen vorgenommen. So sind aktuell **alle Länder** unserer Region **bis auf Kosovo** als **Hochrisikogebiete** eingestuft. Damit verbunden ist die Auflage an Rückkehrer aus den Hochrisikogebieten, sich für mindestens zehn Tage in Quarantäne zu begeben, sofern sie nicht geimpft oder genesen sind. Mit einem negativen PCR-Test fünf Tage nach Rückkehr kann diese vorzeitig beendet werden.

Mit Blick auf die sich dynamisch entwickelnde Lage in einzelnen Ländern und entsprechenden Neubewertungen seitens des RKI empfehlen wir für aktuelle Entwicklungen die Seiten des Bundesgesundheitsministeriums [hier](#) oder der Europäischen Union [hier](#).

Ebenso empfehlen wir Ihnen für **detaillierte Informationen zur Einreise aus Deutschland in die Länder Südosteuropas** sowie zur aktuellen Lage in den einzelnen Ländern den Blick auf die Webseiten der jeweiligen Auslandsvertretungen. Die entsprechenden Links der deutschen Botschaften und Auslandshandelskammern finden Sie unter der Rubrik Tipps & Links. Für die Einreise in folgende Länder werden **vorab Online-Registrierungen** mit Angaben zu Einreise, Aufenthalt, Kontaktdaten und Gesundheitszustand verlangt: **Serbien** ([Link zur Registrierung](#)), **Kroatien** ([Link zur Registrierung](#)) und **Rumänien** ([Link zur Registrierung](#)).

Ein aktuelles Ranking zur Entwicklung der **Corona-Lage in allen 29-Ost-Ausschuss-Partnerländern** mit den Veränderungen der Infektionslage zur Vorwoche und dem prozentualen Anteil der Infizierten an der Bevölkerung finden Sie [hier](#) auf der Internetseite des Ost-Ausschusses (siehe Tabelle als PDF-Download am Ende der Übersicht).

In **Bulgarien** und **Rumänien** hat das Infektionsgeschehen zuletzt stark zugenommen. Trotz steigender Inzidenz- und Todeszahlen stagniert die Impfquote und die Krankenhäuser sind an ihren Belastungsgrenzen. In **Bulgarien** hat man versucht, mit der Einführung des „**grünen Zertifikats**“, das auf den 3G-Regeln (Geimpft, Genesen, Getestet) basiert und für den Zutritt in Gastronomie, Theatern, Hotels, Fitnessstudios und Einkaufsläden obligatorisch ist, zu reagieren. **Reuters** berichtet [hier](#). Über die aktuelle Corona-Lage in Bulgarien berichtet Euractiv [hier](#).

**Rumänien** erhält unterdessen über das **EU-Katastrophenschutzverfahren** Hilfe und Unterstützung. Neun Länder der Europäischen Union und Serbien, haben inzwischen über diesen Mechanismus Hilfsgüter geliefert und leisten Unterstützung. Mehr dazu lesen Sie [hier](#) auf der Seite der **Europäischen Kommission**. Über die Hintergründe der aktuellen Entwicklungen der epidemiologischen Lage in Rumänien berichtet **Euractiv** [hier](#).

### Pandora Papers

Am 2. Oktober veröffentlichte das **Internationalen Netzwerk investigativer Journalisten (ICIJ)** seine Auswertung der sogenannten [Pandora Papers](#). Die Auswertung gilt als größtes Leak über Informationen zu Konten und geheimen Offshore-Holdings, die zum Zweck der Steuervermeidung oder Steuerhinterziehung eingerichtet wurden. Knapp zwölf Millionen Datensätze zu Offshore-Geschäften von 29.000 Personen hat das Netzwerk ausgewertet, darunter befinden sich auch 336 „politisch exponierte Personen“. Zu den in den Akten genannten Personen aus der Region Südosteuropa zählen unter anderem Milo **Djukanovic**, Präsident Montenegros, und dessen Sohn **Blazo**, die über zwei Trusts Geld auf Offshore-Konten angelegt haben sollen; **Sinisa Mali**, Serbiens Finanzminister und ehemaliger Bürgermeister von Belgrad, der 24 Luxuswohnungen an der bulgarischen Küste besitzen soll; ebenso zwei bisher ungenannte Politiker aus **Bulgarien**. Genannt werden auch Unternehmen aus **Kroatien** und **Bosnien und Herzegowina**. **Balkan Insight** fasst die **Ergebnisse für die Region** [hier](#) zusammen. Das [ICIJ](#) hat auf seiner Seite Namen der in den Recherchen auftauchenden führenden Politiker veröffentlicht.

### Energie

Ganz Europa hat **mit steigenden Energiepreisen zu kämpfen**. Vor allem in Ländern mit geringeren Lohnkosten stellen die Preiserhöhungen, insbesondere im Energie- und Lebensmittelsektor, eine Herausforderung dar. **Balkan Insight** berichtet [hier](#) über die **Preissituation für Strom** in den **Ländern des Westlichen Balkans**.

Besonders hart trifft die Preishausse derzeit **Albanien**, wo **Premierminister Edi Rama** den Notstand ausgerufen hat. Mit **200 Millionen Euro** sollen der **staatliche Stromverteilungsbetreiber OSHEE** unterstützt werden, um Preiserhöhungen zu vermeiden. **Serbien** und **Nordmazedonien** wollen auf Kohle und russisches Gas setzen, **Kosovo** friert die Strompreise bis zum kommenden Frühjahr ein. **Bosnien und Herzegowina** sowie **Montenegro** planen hingegen keine Preisdeckelung oder anderweitige Einschränkungen.

**Balkans Green Energy News** berichtet über die Energiepreisentwicklung in den EU-Länder Südosteuropas: [Bulgariens](#) Übergangsregierung wird demnach voraussichtlich rund **230 Millionen Euro investieren** und damit die Subventionen für industrielle Verbraucher von 26 auf 51 Euro verdoppeln, um so die Strompreis-Steigerungen zu kompensieren. Die Preise für Privat-Haushalte sind bereits reguliert und sollen bis Ende des Jahres konstant bleiben. [Kroatien](#) hat entschieden, die Preise für Benzin- und Diesel für 30 Tage (bis Mitte November) einzufrieren. In [Rumänien](#) wurde ein **Gesetz verabschiedet**, das die Gas- und Strompreise für Haushalte und kleine Unternehmen begrenzt und Subventionen für verschiedene weitere Verbraucherkategorien einführt. Am 9. November hat auch Nordmazedonien den Energie-Notstand für zunächst 30 Tage ausgerufen. **Balkan Insight** berichtet [hier](#).

Während in Deutschland der Ausstieg aus der Nuklearenergie beschlossene Sache ist, ist für andere Länder auch mit Blick auf die Erreichung der Klimaziele des Europäischen Green Deal diese Form der Stromerzeugung relevanter Teil des Energiemixes. Frankreich sowie **neun weitere EU-Mitgliedsländer** haben sich in einer **gemeinsamen Erklärung für die**

**zukünftige Nutzung der Kernenergie als** Energiequelle ausgesprochen. Zu den Ländern zählen: **Bulgarien, Rumänien, Kroatien** und **Slowenien**, dazu Finnland, Polen, Slowenien, Tschechien sowie Ungarn. Euractiv berichtet [hier](#).

## EU-Erweiterungspaket

Am 19. Oktober hat die **Europäische Kommission das Erweiterungspaket 2021** angenommen. Dieses enthält eine detaillierte Bewertung des Sachstands und der Fortschritte der Länder des Westlichen Balkans und der Türkei auf ihrem Weg in die Europäische Union. Schwerpunkte setzt die Kommission bei der Bewertung auf die Umsetzung grundlegender Reformen und entwickelt Leitlinien für die künftigen Reformprioritäten: **Albanien** und **Nordmazedonien** erfüllen demnach formal weiterhin die Voraussetzungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Dass sich deren Beginn durch Blockaden verschiedener EU-Länder weiterhin verzögern, beeinträchtigt nach Ansicht der EU-Kommission die Glaubwürdigkeit der EU.

In **Bosnien und Herzegowina** werde, so stellt die EU-Kommission hingegen fest, das strategische Ziel der EU-Integration nicht in konkrete Maßnahmen umgesetzt. Polarisierende und spaltende politische Rhetorik behinderten die Umsetzung von Maßnahmen und damit Fortschritte in den 14 festgelegten Schlüsselprioritäten. Bosnien und Herzegowina müsse laut Kommissionsbericht erst relevante Reformen auf den Weg bringen, bevor eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen empfohlen werden könne.

**Kosovo** war im Berichtszeitraum lange von politischer Instabilität geprägt. Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen im Februar 2021 konnte dann eine Regierung gebildet werden, die sich auf eine deutliche Parlamentsmehrheit stützt. Vor diesem Hintergrund steht das Land bei vielen Reformprozessen noch am Anfang. Die Kommission hält an ihrer Bewertung vom Juli 2018 fest, nach der der Kosovo alle Voraussetzungen für die EU-Visaliberalisierung erfüllt hat und empfiehlt dringend eine Entscheidung des Rates über diesen Vorschlag.

Bei **Montenegro** wurden zum Beispiel Fortschritte im Bereich Rechtsstaatlichkeit vermerkt. Allerdings müssen die Anstrengungen für Meinungs- und Medienfreiheit sowie zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität vertieft werden. Frühere Fortschritte bei der Justizreform dürften nicht rückgängig gemacht werden.

**Serbien**, so stellt die Kommission fest, müsse die Reformen weiterhin dringend beschleunigen und vertiefen, insbesondere in den Bereichen Unabhängigkeit der Justiz, Korruptionsbekämpfung, Medienfreiheit, innerstaatliche Behandlung von Kriegsverbrechen und Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie der Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo.

Eine Zusammenfassung der zentralen Bewertungen und Empfehlungen der Kommission sowie die Links zu den einzelnen Länderberichten finden Sie [hier](#).

**European Western Balkans** hat die Länderberichte zusammengefasst. Die Einzelartikel zu den Ländern des Westlichen Balkans finden Sie hier: [Albanien](#), [Bosnien und Herzegowina](#), [Kosovo](#), [Montenegro](#), [Nordmazedonien](#) und [Serbien](#).

## Bosnien und Herzegowina

In **Bosnien und Herzegowina** nehmen die politischen Spannungen zu. Hintergrund sind **Abspaltungsbestrebungen** der bosnisch-serbischen **Republika Srpska**, die durch **Milorad Dodik**, dem serbischen Mitglied der Dreier-Präsidentschaft Bosnien und Herzegowinas, vorangetrieben werden. Dodik wird vorgeworfen, das Land in einen neuen Konflikt zu treiben. **Der Hohe Repräsentant Christian Schmidt** warnt in seinem jüngsten Bericht an den UN-Sicherheitsrat vor der immer gefährlicher werdenden Situation. „Bosnien und Herzegowina sieht sich der größten existenziellen Bedrohung der Nachkriegszeit gegenüber“, schreibt Schmidt. Die Drohungen von Dodik würden „nicht nur den Frieden und die Stabilität des Landes und der Region gefährden, sondern könnten – wenn sie von der internationalen Gemeinschaft unbeantwortet bleiben – zur Auflösung des Dayton-Abkommens selbst führen“. **Der Standard** berichtet [hier](#) über die Situation. Für Spekulationen sorgte der Besuch des ungarischen Premierminister Viktor Orban Anfang November in Banja Luka. **Balkan Insight** berichtet [hier](#).

## Bulgarien

Am **14. November** stehen in **Bulgarien** sowohl die bereits **dritte Parlamentswahl** dieses Jahres als auch die reguläre **Präsidentschaftswahl** an. **Aktuellen Umfrageergebnissen zufolge** liegt die Partei des ehemaligen Premierministers Boyko Borrisow **GERB** mit **22,5 Prozent** vorn, gefolgt von der **Bulgarischen Sozialistischen Partei** mit **15,1 Prozent** und dem neuen politischen Duo Kiril Petkov und Asen Vassilev mit ihrer Liste **Wir setzen den Wandel fort** mit **13,4 Prozent**. Petkov und Vassilev waren Minister der technischen Übergangsregierung und sind so als Wirtschaftsminister bzw. Finanzminister bekannt geworden. Sie gewannen insbesondere für ihre Positionen zu Korruptionsbekämpfung und Reformvorschlägen die Sympathie der Bevölkerung. **Euractiv** berichtet [hier](#).

## Nordmazedonien

In der **Republik Nordmazedonien** haben am **14. Oktober Kommunalwahlen** stattgefunden, die Stichwahlen folgten am 31. Oktober. Die **Wahlbeteiligung** lag knapp unter **50 Prozent**. Aktuelle **Wahlergebnisse** der jeweiligen Städte sehen Sie [hier](#) auf der offiziellen Seite der **Wahlkommission**. Die Regierungspartei um Premierminister Zoran Zaev und Koalitionspartnern musste deutliche Verluste hinnehmen, während die konservative Opposition **VMRO-DPMNE** Gewinne verzeichnen konnte. Noch am Wahlabend kündigte **Premierminister Zoran Zaev** auf Grund der Wahlniederlage seinen Rücktritt als Regierungschef und als Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei an. Die **Deutsche Welle** berichtet [hier](#). **Hristijan Mickoski**, Chef der **VMRO-DPMNE**, hat inzwischen **vorgezogene Parlamentsneuwahlen** gefordert. Seine Partei strebt nach aktuellen Berichten ein Misstrauensvotum im Parlament an. Mehr dazu lesen Sie [hier](#). Gründe für das Scheitern des Ministerpräsidenten hat **Radio Free Europe/Radio Liberty** [hier](#) zusammengestellt.

## Rumänien

In **Rumänien** hat am **5. Oktober** das Parlament mit einer knappen Mehrheit dem amtierenden **Premierminister Florin Citu** das Misstrauen ausgesprochen. Nun nehmen die beiden größten

politischen Parteien des Landes Gespräche über die Bildung einer **Koalitionsregierung** auf. Die **Nationalliberale Partei (PNL)** von Citu stimmte mit 48 zu 22 Stimmen für die Aufnahme von Gesprächen mit der rivalisierenden **Sozialdemokratischen Partei (PSD)**. Obwohl die PSD einstimmig für die Aufnahme von Gesprächen mit der PNL gestimmt hat, haben die beiden Parteien wesentliche Differenzen und müssen sich noch darauf einigen, wer Premierminister wird und wer wichtige Ministerien wie Gesundheit und Justiz erhält. Die Diskussionen werden voraussichtlich einige Wochen dauern. **Euronews** berichtet [hier](#) über die Koalitionsgespräche.

## Konjunktur

Am **4. November** hat die **Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)** ihren neuesten Report „[Regional Economic Prospects – Bittersweet Recovery](#)“ vorgelegt. Demnach ist die Region **Südosteuropa** nach einem schwierigen Jahr 2020 auf Erholungskurs. Die Prognose für das BIP-Wachstum 2021 liegt bei **6,8 Prozent** und für **2022 immer noch bei beachtlichen 4,3 Prozent**. Vor allem in **Slowenien** (8,8 Prozent), **Kroatien** (7,5 Prozent) und **Rumänien** (7 Prozent) wächst die Wirtschaft stark. Trotz dieser positiven Zahlen bleiben erhebliche Unsicherheiten und Risiken, vor allem in Bezug auf die weitere Entwicklung der Pandemie und Impfquote. Für die **Länder des Westlichen Balkans** wird insgesamt ein **BIP-Wachstum von 7,2 Prozent im Jahr 2021 und 4,2 Prozent im Jahr 2022** erwartet. Für fast alle Länder wurden die Prognosen für 2021 zum Teil deutlich nach oben revidiert.

	Actual		Forecasts (REP Nov'21)		Revision since Jun'21	
	2020	2021H1	2021	2022	2021	2022
<b>Albanien</b>	-3,3	11,7	8,0	3,7	3,5	-0,3
<b>Bulgarien</b>	-4,2	3,1	4,2	4,4	-0,3	0,4
<b>BuH</b>	-3,2	7,1	4,5	3,0	1,0	0,0
<b>Kosovo</b>	-5,3	10,3	7,7	4,5	3,7	-0,5
<b>Kroatien</b>	-8,0	7,5	8,0	4,2	2,0	-0,3
<b>Montenegro</b>	-15,3	6,3	12,3	5,7	3,8	-0,3
<b>Nordmazedonien</b>	-4,5	5,6	4,0	4,0	0,0	0,0
<b>Rumänien</b>	-3,9	7,0	7,2	4,4	1,2	-0,6
<b>Serbien</b>	-0,9	7,7	6,5	4,3	0,5	0,8
<b>Slowenien</b>	-4,2	8,8	6,0	4,5	1,0	0,5
<b>SOE Durchschnitt</b>	-3,3	7,5	6,8	4,3	1,6	-0,0
<b>WB-6 Durchschnitt</b>	-5,4	8,1	7,2	4,2	2,1	-0,1

Quelle: EBRD Report „Regional Economic Prospects – Bittersweet Recovery“, 11/2021

Auch das **Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)** hat am **14. Oktober** seinen **Herbstbericht mit dem Titel „Recovery Beating Expectations“** veröffentlicht. Das wiiw sieht die Region Südosteuropa ebenso auf Erholungskurs und identifiziert den privaten Konsum als Haupttreiber des Wachstums. Die Exporte steigen und die Beschäftigung nähert sich in vielen Ländern dem Vorkrisenniveau an. In **Kroatien** und **Slowenien** ist dieses bereits wieder erreicht bzw. überschritten. Für **Südosteuropa** prognostiziert das wiiw für **2021** ein BIP-Wachstum von **5,7 Prozent**, für **2022** von **4,2 Prozent** sowie für die **Länder des Westlichen Balkans 5,8 Prozent** und ebenfalls **4,2** für **Jahr 2022**.



	2019	2020	2021F	2022F	2023F
Albanien	2,1	-4,0	6,4	4,5	4,2
Bulgarien	3,7	-4,2	3,5	3,3	3,2
Bosnien und Herzegowina	2,8	-3,2	3,7	3,1	3,5
Kosovo	4,8	-5,3	6,0	4,8	4,0
Kroatien	2,9	-8,0	7,2	5,0	4,5
Montenegro	4,1	-15,3	8,4	4,8	2,4
Nordmazedonien	3,2	-4,5	3,5	3,4	3,2
Rumänien	4,1	-3,9	6,8	4,3	4,2
Serbien	4,2	-1,0	6,6	4,6	4,5
Slowenien	3,3	-4,2	5,2	4,1	3,3
<b>SOE Durchschnitt</b>	<b>3,5</b>	<b>-5,4</b>	<b>5,7</b>	<b>4,2</b>	<b>3,7</b>
<b>WB-6 Durchschnitt</b>	<b>3,5</b>	<b>-5,6</b>	<b>5,8</b>	<b>4,2</b>	<b>3,6</b>

Quelle: wiiw Report „Recovery Beating Expectations“, 10/2021

Der **Ost-Ausschuss** hat am **13. Oktober** die **aktuellen Handelszahlen** für Januar bis August 2021 veröffentlicht, die Sie [hier](#) auf der Webseite des OA für alle 29 Partnerländer nachlesen können. Der positive Trend seit der Pandemie setzt sich fort. Der deutsche **Warenaustausch** mit der Region Südosteuropa hat sich in den ersten acht Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um **21,3 Prozent gesteigert**. In dieser Zeit wurden Waren im Wert von 49,4 Milliarden Euro gehandelt. Dabei stechen vor allem Nordmazedonien (46,9 Prozent), Kosovo (48,7 Prozent) sowie Serbien (28 Prozent) heraus. Die deutschen **Einfuhren** aus der Region stiegen um **19,6 Prozent** auf **23,7 Milliarden Euro** und die Ausfuhren um **23 Prozent** auf **25,7 Milliarden Euro** an. Auch hier sind die drei genannten Länder besonders stark aufgestellt.

Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Tsd. €		Dt. Einfuhr in Tsd. €		Dt. Ausfuhr in Tsd. €		Änderung in % gg. über Vorjahr		
	Jan-Aug 2021	Jan-Aug 2020	Jan-Aug 2021	Jan-Aug 2020	Jan-Aug 2021	Jan-Aug 2020	Einfuhr	Ausfuhr	Handelsumsatz
Rumänien	21.783.521	18.520.161	9.700.720	8.581.498	12.082.801	9.938.663	13,0	21,6	17,6
Slowenien	8.235.175	6.711.701	4.318.775	3.561.948	3.916.400	3.149.753	21,2	24,3	22,7
Bulgarien	6.420.380	5.288.645	3.504.298	2.959.573	2.916.082	2.329.072	18,4	25,2	21,4
Serbien	4.085.433	3.191.368	1.757.284	1.393.480	2.328.149	1.797.888	26,1	29,5	28,0
Kroatien	3.761.239	3.276.846	1.233.585	1.059.511	2.527.654	2.217.335	16,4	14,0	14,8
Nordmazedonien	3.299.128	2.246.146	2.459.735	1.630.648	839.393	615.498	50,8	36,4	46,9
Bosnien und Herzegowina	1.218.479	1.006.731	597.342	496.740	621.137	509.991	20,3	21,8	21,0
Albanien	296.873	254.721	88.270	98.799	208.603	155.922	-10,7	33,8	16,5
Kosovo	260.168	175.001	35.626	31.015	224.542	143.986	14,9	55,9	48,7
Montenegro	89.641	84.626	16.625	17.948	73.016	66.678	-7,4	9,5	5,9
<b>SOE Handel Gesamt</b>	<b>49.450.037</b>	<b>40.755.946</b>	<b>23.712.260</b>	<b>19.831.160</b>	<b>25.737.777</b>	<b>20.924.786</b>	<b>19,6</b>	<b>23,0</b>	<b>21,3</b>
<b>WB-6 Handel Gesamt</b>	<b>9.249.722</b>	<b>6.958.593</b>	<b>4.954.882</b>	<b>3.668.630</b>	<b>4.294.840</b>	<b>3.289.963</b>	<b>35,1</b>	<b>30,5</b>	<b>32,9</b>
<b>Dt. Handel Gesamt</b>	<b>1.660.300.000</b>	<b>1.432.500.000</b>	<b>767.600.000</b>	<b>662.200.000</b>	<b>892.700.000</b>	<b>770.300.000</b>	<b>15,9</b>	<b>15,9</b>	<b>15,9</b>

Quelle: Berechnungen des Ost-Ausschusses, Statistisches Bundesamt (Destatis), 10/2021

Ende Oktober 2021 veröffentlichten der **Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK)** sowie die **Deutschen Auslandshandelskammern (AHK)** ihren „[AHK World Business Outlook Herbst 2021](#)“. Dieser fasst die **Ergebnisse der Umfragen** bei den deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen zusammen. **Die Konjunkturerwartungen für Ost- und Südosteuropa (ohne EU) sind leicht positiv**. Während 27 Prozent von einer höheren Wirtschaftsleistung ausgehen und 48 Prozent eine gleichbleibende Erwartung haben, fürchten 25 Prozent eine Verschlechterung. Diese Werte sind etwas besser als die der Frühjahrsumfrage. Maßgeblich für die Verbesserung sind die gestiegenen Erwartungen in Serbien sowie Bosnien und Herzegowina.

Neben den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (62 Prozent) sorgen sich die Unternehmen vor allem um das Wechselkursrisiko (73 Prozent).

#### Aktueller Stand zu den Aufbau- und Resilienzpläne

- **Bulgarien** hat auf Grund von Übergangsregierungen und den Wiederholungen der Parlamentswahlen als letztes EU-Mitglied am **15. Oktober** seinen **Aufbau- und Resilienzplan** bei der EU-Kommission eingereicht. Insgesamt hat das Land **Zuschüsse in Höhe von insgesamt 6,6 Milliarden Euro** für Reformen und öffentliche Investitionsvorhaben beantragt. Der Plan umfasst **59 Investitionsprojekte und 46 Reformvorhaben**, darunter sind **vier Schwerpunkte**: Innovatives Bulgarien, Grünes Bulgarien, Vernetztes Bulgarien und Gerechtes Bulgarien. Die Bewertung seitens der Kommission steht nun aus. Die **Europäische Kommission** berichtet [hier](#).
- **Kroatien** hat seinen Aufbau- und Resilienzplan Mitte Mai 2021 eingereicht und Anfang Juli die Bestätigung seitens der Europäischen Kommission erhalten. Der Plan sieht eine Auszahlung von **6,3 Milliarden Euro** an Zuschüssen vor und hat **fünf Schwerpunkte**: grüne und digitale Wirtschaft, öffentliche Verwaltung und Justiz, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Arbeitsmarkt und Sozialschutz sowie Gesundheitswesen. Der kroatische Plan sieht außerdem eine Initiative zur Gebäuderenovierung vor. Weitere Informationen zu dem Plan finden Sie [hier](#).
- Ende Oktober wurde der **Aufbau- und Resilienzplan Rumäniens** gebilligt. Rumänien hatte insgesamt 29 Milliarden Euro an Zuschüssen und Darlehen beantragt. Davon wird am meisten für Transport (7,6 Milliarden) aufgewendet, allein 3,1 Milliarden für Autobahnen. 3,6 Milliarden werden in Bildung, 2,4 Milliarden in das Gesundheitswesen investiert.
- Bereits Anfang Mai hat **Slowenien** seinen Aufbau- und Resilienzplan eingereicht, welcher Anfang Juli von der Europäischen Kommission gebilligt wurde. Insgesamt wurden **2,5 Milliarden Euro** beantragt, davon 1,8 Milliarden Euro an Zuschüssen und 700 Millionen an Darlehen. Mitte September wurden dem Land 231 Millionen Euro als Vorfinanzierung ausgezahlt, was 13 Prozent der Mittel entspricht. Das Grundgerüst ruht auf **vier Hauptsäulen**: ökologischer Wandel; digitaler Wandel; intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum; Gesundheit und Wohlfahrt, einschließlich Investitionen und Reformen in der Langzeitpflege und im sozialen Wohnungsbau. Weitere Informationen zu der Auszahlung finden Sie [hier](#) und zu dem Plan [hier](#).



## Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft

Das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft steht interessierten Unternehmen, die ab dem 1. Juli 2022 einen Praktikumsplatz für unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten anbieten möchten, bis Ende des Jahres wieder zur Registrierung offen. Zum bereits 19. Mal wird das Programm im kommenden Jahr jungen Nachwuchskräften aus den sieben Partnerländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien ein Praktikum in führenden Unternehmen in Deutschland ermöglichen.

Seit 2003 profitieren teilnehmende Unternehmen von den fachlich gut ausgebildeten Teilnehmenden.

Durch deren regionaler Expertise haben die Partnerunternehmen des Programms die Möglichkeit, leichter neue Märkte in der Region zu erschließen, bereits bestehende Verbindungen zu vertiefen oder die jungen Nachwuchskräfte für einen Einsatz in der Region bei ihren Partner- bzw. Tochtergesellschaften auszubilden.

Zusätzlich zu den hoch motivierten Nachwuchskräften erhalten teilnehmende Unternehmen die Möglichkeit, ihr Firmennetzwerk über das regionale Alumninetzwerk zu erweitern und hochqualifizierte Young Professionals aus der Region kennenzulernen. Durch fortlaufende Weiterbildungsmaßnahmen, regionale Konferenzen und diverse weitere Angebote werden die Alumni über die neuesten Wirtschaftstrends und Technologien auf dem Laufenden gehalten und kontinuierlich weitergebildet.

Weitere Informationen zur Teilnahme erhalten Sie auf der Programm-Webpage (<https://www.stipendienprogramm.de/companies>).



## Veranstungsnachlese

---

Vom **1. bis 5. November** organisierte die IHK Ostbrandenburg die Veranstaltungsreihe „**Ostbrandenburg trifft den Balkan**“, die von der **Kammerpartnerschaft Westbalkan** mitorganisiert und vom Ost-Ausschuss unterstützt wurde. Die Online-Konferenz mit virtuellem Match-Making brachte regionale Unternehmen (Einkäufer sowie Lieferanten) aus Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Serbien, Kroatien und Ostbrandenburg aus unterschiedlichen Branchen zusammen.

Am **22. Oktober** fand im hybriden Format das **4. German – East European & CIS Health Forum** statt. Dieses offizielle Side Event des World Health Summit wird traditionell durch den **Ost-Ausschuss** und die **GHA - German Health Alliance** in Berlin organisiert und befasste sich dieses Mal mit den nachhaltigen Sanierungsplänen für den Gesundheitssektor nach Corona, dem Innovationspotenzial und den Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten in Mittel- und Südosteuropa. Drei Keynotes führten in die Themen ein: **Thomas Steffen**, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit; **Adam Nagy**, stellvertretender Staatssekretär für Industriestrategien und Regulierung des ungarischen Ministeriums für Innovation und Technologie. **Franc But, Botschafter der Republik Slowenien in der Bundesrepublik Deutschland**, ging anschließend auf die Prioritäten der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft im Gesundheitssektor ein, darunter die Stärkung der Europäischen Gesundheitsunion und ein verbesserter Zugang zur medizinischen Versorgung weltweit. Einen ausführlichen Bericht finden Sie [hier](#).

Vom **11. bis 13. Oktober 2021** fand der vierte **Western Balkans Digital Summit** statt, der in diesem Jahr von Montenegro ausgerichtet wurde. Corona-bedingt fand der Gipfel im Wesentlichen als Online-Event statt. **Der Ost-Ausschuss** war auch in diesem Jahr Partner der Veranstaltung und hat sich in der



Vorbereitung sowie Umsetzung mit seinen Unternehmen aktiv eingebracht. Hochrangige Vertreter der Regierungen der Länder des Westlichen Balkans, der Europäischen Kommission, des Regionalen Kooperationsrates (RCC), der Wirtschaft und relevanter Interessengruppen kommen in diesem jährlich stattfindenden Format zusammen, um über die Herausforderungen und Lösungsansätze im Kontext der digitalen Transformation zu sprechen. [Hier](#) finden Sie die abschließende Zusammenfassung der Generalsekretärin des RCC Majlinda Bregu sowie [hier](#) auf der Veranstaltungsseite die Zusammenfassungen und Aufzeichnungen der einzelnen Panels im Hauptprogramm sowie weitere Events im Rahmenprogramm des Gipfels.

## Kommende Veranstaltungen

---

- **22. November: Taking stock in pandemic times - Economic Outlook for the Western Balkans**, Hintergrundgespräch mit Matteo Colangeli, Direktor Westbalkan der EBRD - **Nur für Mitglieder**
- **29. November bis 1. Dezember: Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft** – Auswahlgespräche Generation 2022 in Serbien
- **30. November bis 2. Dezember: Workshop-Serie zum Green Deal** in den Ländern des Westlichen Balkans, dreitägige **Veranstaltungsreihe, die der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. mit Unterstützung des Netzwerkes der Auslandshandelskammern in der Region organisiert** mit insgesamt sechs öffentlichen Fokus-Veranstaltungen zu den einzelnen Ländern. Die Onlineveranstaltung wird über Zoom auf Englisch (ohne Übersetzung) stattfinden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **2. Dezember bis 3. Dezember: Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft** – Auswahlgespräche Generation 2022 in Montenegro
- **7. Dezember: Sitzung des Länderarbeitskreises Südosteuropa** – **Nur für Mitglieder. Onlineveranstaltung**
- **13. bis 14. Dezember: Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft** – Auswahlgespräche Generation 2022 in Kroatien
- **15. bis 17. Dezember: Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft** – Auswahlgespräche Generation 2022 in Bosnien und Herzegowina

Weitere Veranstaltungen zu den Ländern der Region sind in Planung. Wir halten Sie mit dem kommenden Update oder als Mitglied direkt per Rundschreiben immer auf dem Laufenden.

## Tipps & Links

---

**GTAI** befasst sich in zwei Berichten mit Kosovo: **Wirtschaftsausblick** „[Wachstum trotz politischer Spannungen](#)“ sowie **SWOT-Analyse** „[Diaspora belebt die Wirtschaft](#)“.

In zwei weiteren Berichten informiert **GTAI** auch über Rumänien: [Überblick über die rumänische Aufbau- und Resilienzfähigkeit, mit Informationen zu den Investitionsplänen der Regierung für die kommende Finanzphase 2021 bis 2027 sowie Rumäniens Stromerzeugung während des „grünen Übergangs“](#)- wo es um den geplanten Kohleausstieg und die damit einhergehenden Investitionen in Gaskraftwerke und Atomenergie geht.

**Deutschlandfunk Nova** hat einen **Podcast** zum Thema [Bosnien-Herzegowina erlebt die „schlimmste Krise seit der Unabhängigkeit“](#) zusammen mit dem Moderator Till Haase und der Journalistin und Filmemacherin Melina Borcak aufgenommen. In diesem wird die aktuelle politische und komplexe Situation diskutiert und die Geschehnisse historisch eingeordnet.

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWW\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des **Corona-Virus** auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in [Albanien](#)
- Deutsche Botschaft in [Bosnien und Herzegowina](#)
- Deutsche Botschaft in [Bulgarien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kroatien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kosovo](#)
- Deutsche Botschaft in [Montenegro](#)
- Deutsche Botschaft in [Nordmazedonien](#)
- Deutsche Botschaft in [Rumänien](#)
- Deutsche Botschaft in [Serbien](#)
- Deutsche Botschaft in [Slowenien](#)

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und bei [Twitter](#).

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#).

## Kontakt

---



**Anja Quiring**  
Regionaldirektorin Südosteuropa  
**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**  
T: +49 30 206 167 130  
E: [a.quiring@oa-ev.de](mailto:a.quiring@oa-ev.de)



**Antje Müller**  
Programmdirektorin  
Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die  
Länder des Westlichen Balkans  
**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.**  
T. +49 30 206167-137  
E: [a.mueller@oa-ev.de](mailto:a.mueller@oa-ev.de)



**Karen Kümpel**  
Sekretariat Regionaldirektion Südosteuropa  
**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.**  
T. +49 30 206167-131  
E: [k.kuempel@oa-ev.de](mailto:k.kuempel@oa-ev.de)



Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

**Disclaimer zum Haftungsausschluss:**

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

## **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.** Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln!

**Presse-Kontakt:** Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.  
Andreas Metz  
Tel.: +49 (0)30 206167-120  
E-Mail: [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)